



Antwort zur Anfrage Nr. 0554/2020 der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend
Steinsammlung und Steinhalle (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

1. Welche Absprachen bestehen zwischen der Stadt Mainz und dem Landtag bzw. der GDKE bezüglich des künftigen Aufstellungsortes der Steinsammlung?

Zum jetzigen Zeitpunkt liegen der Verwaltung keine konkreten Informationen dazu vor, wie der übergangsweise zum Plenarsaal umfunktionierte Teil der Steinhalle zukünftig genutzt werden wird. In diesem Sinne bestehen derzeit auch noch keine Absprachen zwischen der Landeshauptstadt Mainz und der Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz über den künftigen Ausstellungsort der Objekte, die dem Land Rheinland-Pfalz per Vertrag vom 30.01.1967 als Dauerleihgaben überlassen wurden.

2. Inwieweit erfüllt die Einlagerung im Depot und die Ausleihe für Wechselausstellungen den vorgesehenen Zweck des Museums und die Bedingungen von §5 des Vertrags? Ab wann ist diese Nutzung als dauerhaft und nicht nur provisorisch zu sehen?

Laut §5 des genannten Vertrages verpflichtet sich das Land Rheinland-Pfalz, „die Dauerleihgaben [...] nur für den vorgesehenen Zweck des Museums zu verwenden“. Der Vertrag macht darüber hinaus keine Vorgaben zu Dauer, Art und Form der Präsentation für die Objekte. Somit bleibt es gemäß der bisher geltenden Absprachen zwischen der Landeshauptstadt Mainz und der Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz der fachlichen Expertise des Landesmuseums überlassen, die Leihgaben den musealen Anforderungen und Möglichkeiten entsprechend zu präsentieren.

3. Wann und wie wird gewährleistet, dass die Antikensammlung der Stadt Mainz in ihrem früheren Umfang der Öffentlichkeit präsentiert werden kann?

Sollte das Landesmuseum die bisherige Form der öffentlichen Präsentation nachhaltig verändern wollen, kann dies nur nach gemeinsamer Abstimmung mit der Kulturverwaltung der Landeshauptstadt Mainz geschehen. Zu möglichen Ergebnissen solcher Gespräche kann derzeit noch keine Aussage getroffen werden.

Mainz, 19.03.2020

gez. Marianne Grosse
Beigeordnete